

# „Zurück zum Klassenkampf“

## Die sächsische SPD-Presse zur Regierungskrise

Die Volkstimme, das in Chemnitz erscheinende Organ der „linken“ Sozialdemokraten veröffentlichte am Sonnabend unter der Überschrift: „Entscheidungslose Entscheidung“ einen Artikel, in dem die Stellung nimmt zur Regierungskrise. Die Volkstimme schreibt am Schluß dieses Aufsatzes:

„Ja, eine Gefahr besteht: die Gefahr einer Diktatur, die da kommt wie der Dieb über Nacht, heimlich auf stillen Sohlen, eingehüllt in den Mantel des § 48 und bewaffnet mit dem Dolch der schändlichen Verbände und der monarchistischen Reichswehr. Das ist die Gefahr, und die gilt es zu bannen. Und dafür gibt es nur einen einzigen Weg: den Weg der stärksten Opposition!“

Dazu aber scheint noch immer der Entschluß zu fehlen. Herr Marx soll das Spiel von neuem beginnen. Das ist die demokratische These, die weder vom Vorwärts noch vom Sozialdemokratischen Presse-Dienst als eine Unmöglichkeit abgelehnt wird.

Wieder eine Mittelregierung, wieder eine Karussellschiffahrt, wieder Tuschelungen... Alles geht, aber das nicht, Selbst ein gutes Stück verliert durch Wiederholung, wieviel mehr ein schlechtes und so schlecht gezieltes!

Nein, nicht mehr Große Koalition oder Auflösung, sondern Opposition mit dem Ziele der Auflösung.

Tag für Tag in den letzten Monaten können neue Beweise für eine Klassenherrschaft auf wirtschaftlichem, auf sozialem, auf politischem Gebiet, die mit parlamentarischen jedem Proletariat ins Ohr dröhnen als eine Mahnung: Zurück zum Klassenkampf! Zurück zu unserer Tradition!

Die Regierung Marx ist gestürzt, nicht darf es heißen: die Regierung Marx! Wir haben es lange genug mit Diplomatie versucht und es ging nicht. Vielleicht machen wir einen neuen Versuch, mit anderen Mitteln, so wie es in dem vorher erwähnten Artikel des Genossen West am Schluß ausgesprochen ist:

„Vielleicht genügt schon für Politik, das Selbstverständliche zu tun. Und selbstverständlich ist für Arbeiter auch in der Politik nur eines: gegen die Bourgeoisie zu sein und in Opposition zu ihr zu stehen. Es gibt keinen anderen Weg, als einmal über ihr zu stehen.“

Die Volkstimme legt damit einmal etwas Nichtiges. Will man aber über der Bourgeoisie stehen, so darf man nicht parlamentarischen Komödientrupp treiben, dann genügt es nicht Opposition zu mimen, dann genügt nicht nur der Wille, sondern dann muß man dem Willen die Tat folgen lassen. Solange haben auch die sächsischen „Linken“ nicht den Mut aufgebracht, entsprechend dieser Erkenntnis zu handeln. In Sachsen wäre für sie Gelegenheit gegeben, das in die Tat umzusetzen, was sie in diesem Aufsatz ganz richtig ausgesprochen. Zurück zum Klassenkampf, das ist der Wille der Arbeiter. Klassenkampf ist aber nicht parlamentarischer Komödientrupp. Klassenkampf, das ist die einzige Front der Werktätigen im außerparlamentarischen Kampf der Arbeiter gegen die Bourgeoisie, gegen die Ausbeuter. Werden die „linken“ sozialdemokratischen Führer aber dieser Erkenntnis die Tat folgen lassen? Die Kommunisten sind bereit, sie haben der SPD ihre Vorhänge gemacht. An den „linken“ sozialdemokratischen Führern wird es jetzt liegen, zu beweisen, ob es ihnen mit der Forderung ernst ist oder ob es wiederum nur Phrasen sind, mit denen man die Arbeiter bei der Stange zu halten sucht.

Auch das Zwickauer Volksblatt schlägt rediziale Töne an, und schreibt am Sonnabend:

„Für die Sozialdemokratie ist die Situation ganz klar. Der letzte Versuch zur Bildung der Großen Koalition ist gescheitert. Bei der Machtverteilung in diesem Reichstag sind Sozialdemokraten und Deutsche Volkspartei nicht unter einen Hut zu bringen. Die Sozialdemokratie wollte durch ihren Vorstoß gegen die Regierung Klarheit schaffen. Die Klarheit ist jetzt da. Klarheit fordert, endlich aufzuhören mit den endlosen, immer gleichen Verhandlungen, die immer erneut wieder geführt werden, um zu beweisen, wer schuld an dem Scheitern der Großen Koalition ist. Des granden Spiels ist es nun genug.“

Für die Sozialdemokratie gibt es in diesem Reichstage bis zur Auflösung dieses Reichstages nur eine einseitige, klare und entschlossene Oppositionspolitik.“

Die sozialdemokratischen Arbeiter werden bald Gelegenheit haben, zu sehen, daß das grandiose Spiel, von dem Parivordstand und den SPD-Führern auch weiterhin noch sorgfältig werden wird. Es kann nur beendet werden, wenn die sozialdemokratischen Arbeiter diesem Schacher ihrer koalitionsstüßernen Führer selbst ein Ende bereiten und die linken Führer in Sachsen zwingen, den außerparlamentarischen Kampf gemeinsam mit den Kommunisten gegen das Bürgertum aufzunehmen.

## Preßstimmen zum Regierungskrisis

Aus den Stimmen der Presse ist dreierlei ersichtlich: die Sozialdemokraten spekulieren auf die Große Koalition, die Presse der Regierungsparteien läßt zum größten Teil die Frage offen und die Deutschnationalen hoffen, daß sie Ministerplätze kriegen. So schreibt das Berliner Tageblatt:

„Es bleibt nur ein Ausweg, der nicht zum erstenmal in Krisenzeiten gesucht wurde: die Wiederherstellung derselben Koalition mit anderen Personen und mit dem Ziel, die Große Koalition später zu bilden.“

Der kleinbürgerliche Abteiler des Berliner Tageblatts, die Berliner Volkszeitung meint, daß Scholz zunächst verlassen sollte, ein Reichstagskabinett zu bilden. Da dies aber kein Vertrauensvotum erhalten könnte, meint die Berliner Volkszeitung:

„Dann dürfte wohl Dr. Wirth den Auftrag erhalten, entweder die Große Koalition oder ein Kabinett der Mitte mit sozialdemokratischer Unterstützung zu bilden. Wenn er gescheitert, wird ihm auch das Erlöse gelingen.“

Der Vorwärts schreibt in seiner langen Betrachtung u. a. folgendes:

„Hätte das Marx-Kabinett der Mitte von vornherein die feste Absicht gehabt, nach links Unterstützung zu suchen, so hätten Männer wie Wirth und Koch in ihm nicht fehlen dürfen.“ Da Zentrum und Demokraten Verbindung nach links, die Volkspartei nach rechts wollte, so war das Kabinett verhandlungsunfähig. „Die Sozialdemokratie war zur Hilfe bereit. Sie forderte damals vor wenigen Wochen nicht den Rücktritt der Regierung, nicht ihre Umbildung. Sie verlangte für sich keine Ministerplätze. So genügt ihr, wenn sich die Regierung und die hinter ihr stehenden Parteien bereit erklärten, sich mit ihr über die gegenwärtige Arbeit nach Möglichkeit zu verständigen.“

Der Vorwärts ist scheinbar bereit, eine solche Minderheitsregierung wieder auch ohne Ministerplätze zu unterstützen, denn er schreibt:

„Aus dem Schicksal der Regierung Marx darf man nicht schließen, daß Minderheitsregierungen schlechthin unmöglich sind. Diese Minderheitsregierung hat immerhin 7 Monate regiert und sie hätte Jahre regieren können, wenn es gemeinsamer Wille und eine feste Richtung dagegeben wäre. Daran hat es gefehlt. Die Sozialdemokratische Partei hat gegenüber diesen unklaren und objektiv unehrlichen Verhältnissen vielfach mehr Langmut bewiesen als gut war. Sie hat aber durch ihr Verhalten in den letzten Tagen gezeigt, daß die Opposition machen kann, und daß ihre Opposition wirksam ist. Das ist die nächste Lehre für die Zukunft.“

Der Vorwärts sieht nun daraus nicht etwa den Schluß, daß die Sozialdemokratie weiterhin in Opposition stehen möchte, sondern erklärt sich bereit, eine neue Regierung der Großen Koalition zu bilden. Er schreibt:

Die Große Koalition wird mehrwöchentlich auch von der Demokratenpresse zurzeit für unmöglich erklärt. In sie aber zurzeit unmöglich, dann ist sie wohl auch schon früher unmöglich gewesen. Die Sozialdemokratie ist auch heute noch genau dieselbe, die sie gestern und vorgestern war; an ihrer politischen Richtung hat sich nichts geändert. Sie ist nach wie vor bereit, an einer Regierung mitzuwirken, in der sie für den Schutz der Republik und für die arbeitenden Massen des Volkes etwas erreichen kann... Wäre sich das Zentrum nicht um Bürgerbedürfnisse, dann bliebe nur zweierlei: entweder es muß mit der Sozialdemokratie regiert werden, oder der Reichstag muß aufgelöst werden.“

Die völksparteiliche Taktische Rundschau legt die alte Linie der Volkspartei fort; sie läßt beide Möglichkeiten offen. Den Gedanken der Weimarer Koalition nennt sie überhaupt nicht diskutierbar und fährt fort:

„In welcher Form oder die neue Regierung sich um die Mitte kristallisieren wird, das läßt sich heute noch nicht voraussagen.“

Vorher aber schreibt sie, daß die Volkspartei sich an ihren Bestrebungen mit den Deutschnationalen zu verhandeln nicht mehr geirren fühlen, da sie die Deutschnationalen trotz der Verhandlungsbereitschaft der Volkspartei gegen die Regierung getrennt hätten. Die Germania schreibt:

„Solche Abzweigungen haben gesundigt und parteipolitische Bedenken über konstitutionelle Gesichtspunkte gestellt. Ihnen beiden verdonut das deutsche Volk diese Reichsachtschritte. Daran ergeben sich für das Zentrum, das alles versucht hat, der Welt dieses blamable Schauspiel zu ersparen, bestimmte Richtlinien. So ist in seinen Entschlüssen völlig frei. Nach keiner Seite hin gebunden und kann keine Geschicklichkeiten in voller Unabhängigkeit zeigen. Selbstentäußerung und Verkauf hinter anderen kann für uns selbstredend nicht in Frage kommen.“

Die Deutsche Tageszeitung überreicht ihren Artikel „Der Weg ist frei“ und fordert, daß die Deutschnationalen in die Regierung kommen. Sie hofft, daß die Entscheidung über die Regierung den unhaltbaren Jaskowitsch auf lange Zeit ein Ende machen, unter denen Politik und Wirtschaft schon allzulange schwer gelitten haben.“

# Die Verleumder des russ. Proletariats entlarvt

## Neue Erklärung des Genossen West

In Beginn der Zeitungsnummer im Preussischen Landtag gab Genosse West folgende Erklärung ab:

Nach dem völlig misslungenen Versuch des Abg. Antzner, durch das Verleihen eines gefährlichen Vertriebs den Ansehen eines Beweises für eine angebliche Granatenerfindung aus Sowjetrußland an die deutsche Reichswehr und über illegale Beziehungen zwischen Reichswehr und Sowjetrußland erwecken zu wollen,

und nachdem auch bisher nicht die geringsten Beweise weder von der englischen Zeitung Manchester Guardian, noch von dem Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie, dem Vorwärts, noch von sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten, noch von dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Scheidemann in seiner Reichstagsrede vom Donnerstag für die von ihnen ausgesprochenen Behauptungen erbracht wurden,

und nachdem auch von dem preussischen Innenminister, dem Sozialdemokraten Gen. West, trotz der von den Kommunisten in einem Antrag an ihn gerichteten Aufforderung keine Beweise über die angeblich aus Rußland im Steiner haben angekauften Munitionstransporte erbracht wurden, (Hört! hört! bei den Komm.)

und nachdem diese unwahren Behauptungen zu einer insamen Hege gegen den russischen Arbeiterkampf und zur Unterbindung der von England betriebenen Einfuhr- und Interventionspolitik gegen Sowjetrußland benutzt wurden,

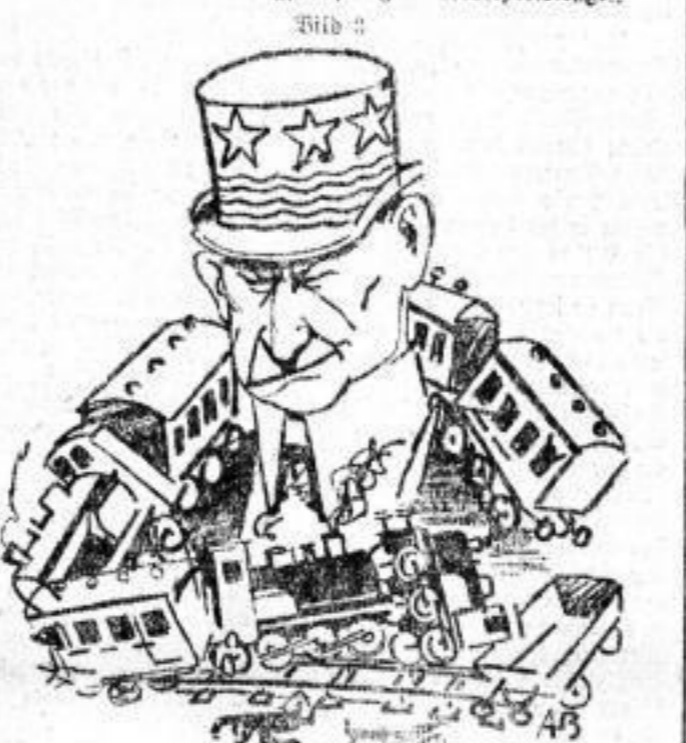
so ist ich mich in folgender Erklärung genötigt:

Die zwischen der deutschen Regierung und den ihr unterstellten Organen mit Sowjetrußland bestehenden Beziehungen sind der sozialdemokratischen Arbeiterklasse nicht nur seit langem bekannt, sondern diese Beziehungen wurden gerade zu einer Zeit angebahnt, als die Sozialdemokraten in der Reichsregierung lagen. Der ehemalige Reichstagsabgeordnete Wirth von der Zentrumspartei führte in der geistigen Reichstagsdebatte aus, daß unter seiner auf der Weimarer Koalition beruhenden Kampferklärung und unter ausdrücklicher Zustimmung des Reichspräsidenten Ebert und der in der Regierung stehenden sozialdemokratischen Minister Robert Schmidt, Radbruch und Aßler die Beziehungen mit Rußland aufgenommen wurden. (Sehr wahr! bei den Komm.)

Wenn jetzt also die sozialdemokratischen Führer diese Beziehungen zum Anlaß von „Enthüllungen“ und Angriffen machen, so soll damit nur eine Verherrlichung dieser Beziehungen herbeigeführt werden, um die englischen Imperialisten in ihren Bestrebungen auf Isolierung Sowjetrußlands zu dienen. Scheidemann erklärte gestern im Reichstag ganz offen: Weiter schweigen, hieße den Weg nach dem Westen unmöglich machen.“

# Preisgekrönte „Friedensstifter“

Aus der Galerie der „friedfertigen“ Nobelpreisträger.



„Wozum haben Sie sich um den Frieden verdient gemacht?“  
Dawes: Durch meinen Plan, aus der deutschen Wirtschaft die Doppelte Produktion herauszubekommen.“

Die zweite Zeitung das Organ des radikal eingestellten Bürgers droht mit der Hindenburgdiktatur. Es handelt sich nicht darum, ob und unter wem und mit welchen Ministern ein Zusammenarbeiten zwischen Zentrum und Deutschnationalen oder zwischen diesen und Sozialdemokraten möglich ist, oder um „Große“, „Kleine“, „Weimarer“ oder sonst irgendwie zu nennende Koalitionen, sondern es handelt sich um die Reichswehr und einzig und allein darum, ob und unter wem die Reichswehr ein einzig und alleiniges Organ sein soll, ob er sich in keiner Weise für die Erhaltung der Reichswehr entscheiden will und damit für das neue Kabinett oder gegen dieses und für die landesverräterischen Gegner der Reichswehr — wozum sich dann die notwendigen Folgen ergeben würden — für den Reichstag!“

# 260000 Erwerbssuche in Berlin

Wochenzunahme: 11 000  
Die Zahl der Berliner Arbeitlosen hat in der vergangenen Woche um weitere 11 000 zugenommen. Nach dem Bericht des Landesarbeitsamtes Groß-Berlin waren 260 454 Personen bei den Arbeitsnachweilen eingetragene, gegen 249 607 bei der Woche. Davon befinden sich 163 445 (156 527) männliche und 97 009 (93 080) weibliche Personen. Unter 14 Jahren zogen 109 154 (107 197) männliche und 80 524 (80 886) weibliche, insgesamt 189 678 (188 083) Personen. Außerdem wurden noch 36 506 (39 873) Personen durch die Erwerbshilfe der Stadtgemeinde Berlin unterstützt und 8378 (8539) Personen bei Arbeitsbeschäftigung beschäftigt. Von der Arbeitsfürsorge wurden 1874 männliche und 2342 weibliche, insgesamt 6216 Personen erlosch.

# Riesenuntererschlagungen im Postamt Bochum

Berlin, 20. Dez. (Telunion). Die die Morgenblätter aus Bochum melden, hat die Oberpostdirektion auf die Ergreifung des noch Untererschlagung von 345 000 Mark flüchtig gewordenen Postinspektors Otto Kottwitz bei dem Postamt I Bochum und auf die Wiederherstellung des Geldes eine Untersuchung von 100 000 Mark ausgesetzt. Der flüchtige, der Vorsteher der Rentenabteilung war, ist im Besitz eines Passes für Belgien und vermutlich auch für Frankreich. Die Gelder hat er sich durch außerordentlich raffinierter Subvention beschafft. Unter der Deckadresse eines Beamten ließ Kottwitz an deutschen und ausländischen Rezipienten große Postaufträge ausführen.

# Die Verleumder des russ. Proletariats entlarvt

Neue Erklärung des Genossen West

In Beginn der Zeitungsnummer im Preussischen Landtag gab Genosse West folgende Erklärung ab:

Nach dem völlig misslungenen Versuch des Abg. Antzner, durch das Verleihen eines gefährlichen Vertriebs den Ansehen eines Beweises für eine angebliche Granatenerfindung aus Sowjetrußland an die deutsche Reichswehr und über illegale Beziehungen zwischen Reichswehr und Sowjetrußland erwecken zu wollen,

und nachdem auch bisher nicht die geringsten Beweise weder von der englischen Zeitung Manchester Guardian, noch von dem Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie, dem Vorwärts, noch von sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten, noch von dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Scheidemann in seiner Reichstagsrede vom Donnerstag für die von ihnen ausgesprochenen Behauptungen erbracht wurden,

und nachdem auch von dem preussischen Innenminister, dem Sozialdemokraten Gen. West, trotz der von den Kommunisten in einem Antrag an ihn gerichteten Aufforderung keine Beweise über die angeblich aus Rußland im Steiner haben angekauften Munitionstransporte erbracht wurden, (Hört! hört! bei den Komm.)

und nachdem diese unwahren Behauptungen zu einer insamen Hege gegen den russischen Arbeiterkampf und zur Unterbindung der von England betriebenen Einfuhr- und Interventionspolitik gegen Sowjetrußland benutzt wurden,

so ist ich mich in folgender Erklärung genötigt:

Die zwischen der deutschen Regierung und den ihr unterstellten Organen mit Sowjetrußland bestehenden Beziehungen sind der sozialdemokratischen Arbeiterklasse nicht nur seit langem bekannt, sondern diese Beziehungen wurden gerade zu einer Zeit angebahnt, als die Sozialdemokraten in der Reichsregierung lagen. Der ehemalige Reichstagsabgeordnete Wirth von der Zentrumspartei führte in der geistigen Reichstagsdebatte aus, daß unter seiner auf der Weimarer Koalition beruhenden Kampferklärung und unter ausdrücklicher Zustimmung des Reichspräsidenten Ebert und der in der Regierung stehenden sozialdemokratischen Minister Robert Schmidt, Radbruch und Aßler die Beziehungen mit Rußland aufgenommen wurden. (Sehr wahr! bei den Komm.)

Wenn jetzt also die sozialdemokratischen Führer diese Beziehungen zum Anlaß von „Enthüllungen“ und Angriffen machen, so soll damit nur eine Verherrlichung dieser Beziehungen herbeigeführt werden, um die englischen Imperialisten in ihren Bestrebungen auf Isolierung Sowjetrußlands zu dienen. Scheidemann erklärte gestern im Reichstag ganz offen: Weiter schweigen, hieße den Weg nach dem Westen unmöglich machen.“

Sel den Nachforschungen über die „Enthüllungen“ der sozialdemokratischen Führer über die angeblichen illegalen Beziehungen der Reichswehr mit Sowjetrußland sind mir sehr interessante Mitteilungen über die Kennntnisse sozialdemokratischer Führer von Waffenlieferungen an und illegalem Waffentransport der Reichswehr gemacht worden, über die sie es aber vorziehen, zu schweigen, weil dabei nicht nur ihre Weltanschauung, sondern auch ihre Integrität bestünde.

Tatsächlich sind Waffen und Munition aus ausländischen kapitalistischen Staaten für die Reichswehr herangezogen worden, so aus Schweden und Finnland. (Hört! hört! bei den Komm.) Tatsächlich hat von der Reichswehr Waffen nach dem Ausland exportiert worden, so nach Ungarn, Türkei, nach China an die chinesische Revolution, so nach Island. (Hört, hört!) Ueber die letzten Waffentransporte waren insbesondere Rathenau und Ebert informiert, weshalb jetzt auch von Scheidemann in der geistigen Reichstagsdebatte diese Waffentransporte als ein Schwundel bezeichnet wurde.

Tatsächlich besteht ein zwischen Regierung und Gegner abgeklärtes Abkommen, wonach die aufgedeckten und der Polizei angezeigten geheimen Waffenlager der Reichswehr von der Polizei nicht beschlagnahmt werden dürfen. Unter diesen Waffen befinden sich aber auch die Bestände der Schwarzen Reichswehr und der Reichswehrverbände. (Lebhafte Zustimmung bei den Kommunisten.) Aus diesem Grunde hat auch die sozialdemokratische Presse auf die Bekanntgabe der Entdeckung solcher Waffenlager verzichtet, und es waren sozialdemokratische Richter, die Arbeiter wegen der Aushebung solcher Waffenlager mit unehrenhaften Strafen bedrohten.

Die sozialdemokratische Führerschaft hat es gerade durch ihr Verschweigen der ihr seit langen Jahren bekannten illegalen Beziehungen und Verschleißebehalten schuldig gemacht an russischen Arbeiter. Und daß sie auch heute noch hier bei den Beziehungen schweigt, zeigt, daß es ihr nicht auf eine Vereinerung der Reichswehr von der dort lebenden Arbeiter und Soldaten für die Arbeiter geht ankommt.

Die kommunistische Partei teilt diesen Bestrebungen der sozialdemokratischen Führerschaft mit ihrem Scheitern an der Reichswehr nur ein parlamentarischer Regime, welches die Wege gegen Sowjetrußland zur Verletzung der Bestimmungen mit Deutschland zu betreiben, auf das schließlichen Erfolg und um alle Verhältnisse Deutschlands zum Kampf gegen die Interventionen und für ein Bündnis mit Sowjetrußland zu (Lebhafte Zustimmung bei den Kommunisten.)